

Bianka Hilfrich/Kerstin Rothe

Offenheit als Chance

Wie Parteien für den Nachwuchs attraktiver werden könnten

Die Krise der Parteien, insbesondere der Volksparteien, ist nicht überwunden, auch wenn eine leicht gestiegene Beteiligung bei den letzten Wahlen für manchen aus dem Politikbetrieb schon Anlass zur Freude ist. An der verbreiteten »Parteienverdrossenheit« hat sich nichts geändert, gerade bei der jüngeren Generation. Wie sollten die Parteien diesem Trend begegnen?

Große Teile der Bevölkerung stehen den etablierten politischen Parteien eher skeptisch gegenüber, Jedoch ist der Begriff von der »Politikverdrossenheit« irreführend. Bereits 1994 erschien die umfangreiche Analyse »Parteien in der Defensive« (Meyer, Scherer, Zöpel) zum Thema »Parteienverdrossenheit«. Sie ist nach wie vor aktuell. Schon damals wurde der dringende Reformbedarf der Volksparteien konstatiert. Dennoch sinken die Mitgliederzahlen Jahr für Jahr weiter. Waren in der Hochzeit 1976 noch 1.022.000 Menschen Mitglied der SPD, waren es Ende 2009 gerade noch 512.520. Auch der CDU geht es in dieser Hinsicht nicht viel besser. Und dieser Trend spiegelt sich in den Wahlergebnissen wider: Auf niedrigem Niveau stabilisieren sich beide Parteien: Bei der Bundestagswahl 2009 erlangte die SPD gerade einmal 23 %, die Union immerhin noch knapp 34 % der Stimmen.

Zur Belebung der Demokratie und der Parteien hat die SPD daher vor kurzem ein Papier zur Stärkung der demokratischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vorgelegt. Vorgeschlagen werden darin u.a. direktdemokratische Elemente wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. So notwendig und ehrenwert dieser Ansatz zur Wiederbelebung des demokratischen Ethos auch ist, das Problem der Parteien kann dadurch nicht gelöst werden. Denn nicht die Bereitschaft sich mit gesellschaftlichen und politischen Fragen und Aufgaben auseinander zu setzen oder



Bianka Hilfrich

(*1986) studierte: Philosophie, Ethnologie und Öffentliches Recht an der Universität Bonn und ist derzeit Wissenschaftliche Mitarbeiterin einer Landtagsabgeordneten (Bonn).

bianka_hilfrich@web.de



Kerstin Rothe

(*1981) ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Sie studierte Sozial- und Medienwissenschaften an der Universität Siegen und Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin.

kerstin.rothe@gmx.de

sich aktiv zu engagieren ist gesunken, sondern die Attraktivität etablierter politischer Strukturen. Wir haben es also in der Tat weniger mit einer »Politik-« als vielmehr mit einer »Parteienverdrossenheit« zu tun – und genau dort sollten die Parteien als erstes ansetzen.

Die Rolle der Parteien für unsere Demokratie

Parteien sollen laut Grund- und Parteiengesetz und ihrem eigenen Anspruch zufolge einen argumentativ erzeugten Meinungs- und Willensbildungsprozess in der Öffentlichkeit befördern und eine wichtige Funktion für öffentliche Diskurse als

Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat übernehmen. Parteien kommt somit die verantwortungsvolle Aufgabe zu, als Schnittstelle die Belange der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungen zu überführen und die Handlungen von ›Spitzen- bzw. BerufspolitikerInnen‹ kritisch zu begleiten und an die Basis rück zu koppeln. Sie sollen die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen fördern, so dass diese einen wirksamen Einfluss auf das staatliche Geschehen nehmen können. Um diesen Auftrag zu realisieren, müssen Parteien zum einen in ihrem eigenen Organisationsaufbau Öffentlichkeit und Demokratie verwirklichen, um so ein Vorbild für gelebte Demokratie zu sein und einen breiten Meinungsaustausch zu gewährleisten. Zum anderen ist die ständige wechselseitige Korrespondenz mit der gesamten Öffentlichkeit zu etablieren und aufrecht zu erhalten.

Ein hehres Ziel, zumal offenbar die Transformationsmechanismen nicht (mehr) so zu funktionieren scheinen, wie es sich die Parteien selbst verordnet haben und die Bürger es als ausreichend empfinden.

In den letzten Jahren wurde aber Öffentlichkeit immer häufiger auch als Gegenmacht zu den etablierten politischen Strukturen einschließlich der Parteien verstanden, z.B. bei den Protesten zu »Stuttgart 21«. Die Idee hingegen, sich selbst in Parteien zu engagieren, um sie als transparente, demokratische Organe zur Umsetzung der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung zu nutzen, wird immer häufiger als naiv oder geradezu lächerlich abgetan. Auslagerungen von Entscheidungen in Expertenräte, Lobbys u.ä. »Gliederungen« verstärken diese Tendenz.

Parteipolitik wird nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch in Kommunen und Ortsvereinen als formalisiert, verkrustet, intransparent und von Einzelinteressen geleitet wahrgenommen.

Doch woher kommen dieses innerparteiliche Demokratiedefizit und der Glaubwürdigkeitsverlust?

Distanz zwischen Gesellschaft und Parteien

Als eine Erklärung wird die gesteigerte Individualisierung und die Pluralisierung von Lebensentwürfen angeführt. Die Parteien können ihre Politik nicht länger auf ein bestimmtes Milieu oder gar eine eng gefasste Klientel abstimmen. So sehen sie sich dazu veranlasst, Politik für einen »Normalbürger« zu machen, der in dieser Form nicht existiert. Mit den bekannten verheerenden Folgen: Die Orientierung an Umfrageergebnissen verstärkt das verbreitete Gefühl, die Parteien seien nicht in der Lage oder Willens, bestehende Bedürfnisse zu erkennen und vorhandenen Probleme zu lösen.

Dies führt zum tieferliegenden Problem der Distanz zwischen Gesellschaft und politischen Parteien; einem Phänomen, das alle Ebenen und Gliederungen der Volksparteien durchzieht: Parteimitglieder – von Berufspolitikerinnen und -politikern bis zu den Ehrenamtlichen im Ortsverein – machen Politik für »die Menschen da draußen«. Hier wird eine künstliche Trennung konstruiert, und entsprechend gelebt. Diese, insbesondere auf Ortsvereinsebene schwer nachvollziehbare Trennung hat einschneidende Folgen für die parteipolitische Kultur. Parteimitglieder verstehen sich zunehmend als Funktionäre in einem parlamentarischen Gefüge und weniger als Bürger, die sich politisch engagieren. Dies führt dazu, dass einmal beschlossene Positionen nicht mit Interessierten oder Neumitgliedern ergebnisoffen diskutiert, sondern verteidigt werden; dass kein fundiert argumentativer (zugeben manchmal anstrengender und zeitintensiver) Austausch über neue Ideen und Aspekte stattfindet, sondern parteipol-

litisch sozialisiert wird. Zuweilen bekommt man den Eindruck, die Gemeinschaft der Parteimitglieder müsse sich vor den Irrationalitäten der Menschen »da draußen« schützen. Die dadurch hervorgerufenen teils zynischen Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern ohne Parteibuch gegenüber jenen mit Parteibuch verstärken diese Tendenzen. Die Folge ist eine sich wechselseitig bedingende Abschottung. Wie könnten diese durchbrochen werden? Nur wenn sich die Parteien nicht nur als Teil der parlamentarischen Strukturen, sondern auch als Teil der Bürgerschaft begreifen, können sie ihren Anspruch erfüllen, an der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken und diese in politische Entscheidungen zu überführen.

Strukturen dauerhaft öffnen

Den richtigen Ansatz verfolgte die SPD im letzten Jahr mit einer Ortsvereinsbefragung, in der die Bereitschaft zur Öffnung der Partei für Nicht-Mitglieder abgefragt wurde. Leider bestätigte das Ergebnis der Umfrage die zuvor beschriebenen Abschottungstendenzen von Parteimitgliedern gegenüber der Bürgerschaft. Die Mehrheit begrüßt zwar die *Befragung* von BürgerInnen bei inhaltlichen Positionen, lehnt aber eine *Mitbestimmung* bei Personal- und Sachfragen ohne Parteibuch ab. Besonders erstaunlich ist, dass sich sogar mehr Parteimitglieder eine Mitbestimmung von Nicht-Mitgliedern bei Personalfragen für öffentliche Ämter (32 %) als bei Sachfragen (12 %) vorstellen können.

Dies ist bedauerlich, da sich nur mit Mut und dem echten Willen zu Veränderungen eine offenere, aufgeschlossener und kreativere Parteikultur entwickeln kann. Wenn die Parteien wieder zu einer Brücke zwischen Bürgerschaft und etabliertem Politikbetrieb werden wollen – Grundvoraussetzung für funktionieren-

de und lebendige demokratische Prozesse – ist ein Umdenken der Parteimitglieder unerlässlich.

Es gilt, die Strukturen über sogenannte »Schnupper- oder projektbezogene Mitgliedschaften« hinaus dauerhaft zu öffnen und somit eine breite und kontinuierliche Beteiligung von interessierten und politisch aktiven Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen. Denn nur durch die Partizipation auf Augenhöhe von möglichst vielen Personen mit neuen und alternativen Ideen kann die eingefahrene politische Un-Kultur innerhalb der Parteien aufgebrochen werden. Eine gemeinsame Basis von geteilten Werten, Positionen und Zielen ist dafür natürlich unabdingbar. Genau diese Basis sollte die Zugehörigkeit zu einer Partei ausmachen und nicht ein formaler Eintritt durch einen rechtsgültigen Akt.

Zwar scheint es zunächst einmal schwer nachvollziehbar, dass Menschen Mitglied einer Partei werden, wenn sie auch ohne das Parteibuch partizipieren können. Dennoch spricht mehr dafür als dagegen, dass Menschen, die tatsächlich die Werte und Überzeugungen einer Partei teilen, nach einer gewissen Zeit schließlich dann doch beitreten, um auch innerparteilich gestalterisch tätig werden und nach außen Verantwortung für die Partei übernehmen zu können.

Aus der Organisation der Juso-Hochschulgruppen lassen sich durchaus positive Erfahrungen berichten: Interessierte Studierende haben die Möglichkeit, in den Gruppen gleichberechtigt mitzuarbeiten und Einfluss auf die inhaltlichen Positionen und Sachfragen zu nehmen. Nicht selten kandidieren Studierende, die nicht Mitglied in der SPD oder bei den Jusos sind, in der Folge auch auf den Gremienlisten der Juso-Hochschulgruppen und werben im Wahlkampf mit vollem Einsatz für sozialdemokratische Positionen. In zahlreichen Fällen treten die Studierenden durch das auf gemeinsamen

Werten basierende Verbundenheitsgefühl – manchmal erst nach einigen Monaten der vertrauensvollen Zusammenarbeit – auf eigene Initiative den Jusos und auch der SPD bei.

Die Befürchtungen skeptischer Parteimitglieder, die eigenen Strukturen würden böswillig unterwandert, erwiesen sich dabei als unrealistisch. Vielmehr ist die Offenheit als Chance zu begreifen, mög-

lichst viele Menschen von den eigenen Werten und Positionen zu überzeugen und diese gemeinsam zu verteidigen.

Andere Parteigliederungen sollten sich deshalb diese Offenheit zum Vorbild nehmen. Um ihren grundgesetzlich garantierten Platz in der Demokratie auch in den nächsten Jahren noch legitimieren zu können, reicht das aber noch nicht aus. Weitergehende Reformen sind notwendig.

Tim Spier/Markus Klein

Entwurzelte Parteien?

Die deutsche Bevölkerung wird von den Parteimitgliedern nicht mehr repräsentiert. So lautet jedenfalls das allgemein bekannte Klagelied. Die Ergebnisse der letzten Deutschen Parteimitgliederstudie zeigen aber ein anderes Bild.

Tim Spier

(*1975) vertritt derzeit die Professur »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland« an der Universität Siegen.

tim.spier@uni-siegen.de



Markus Klein

(*1969) ist Professor für Politische Soziologie an der Leibniz Universität Hannover.

m.klein@ipw.uni-hannover.de



Mit der Veröffentlichung aktueller Parteimitgliederzahlen zu Beginn jedes Jahres setzt in den Medien ein mittlerweile fast ritueller Abgesang auf die Parteiendemokratie ein: Den deutschen Parteien liefern die Mitglieder davon, sie verlören dadurch ihre gesellschaftliche Verankerung und würden in der Folge zunehmend unempfindlich für die Bedürfnisse und Inter-

sen breiter Teile der Bevölkerung. Die sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien werden mithin als Indikator für einen abnehmenden Grad der Erfüllung ihrer primären gesellschaftlichen Funktionen interpretiert. Die Ergebnisse der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 zeigen jedoch, dass von einer gesellschaftlichen Entwurzelung der Parteien keine Rede sein kann.

In der Tat ist der Rückgang der Parteimitgliederzahlen ein säkularer Prozess, der seit den 80er Jahren zu beobachten ist. Waren Ende der 70er Jahre noch rund 1,9 Millionen Menschen in den vier damals im Bundestag vertretenen Parteien organisiert, ging diese Zahl – nur kurz unterbrochen durch Mitgliederzuwächse im Gefolge der Wiedervereinigung – auf weniger als 1,4 Millionen zurück. Und dies trotz einer deutlichen Ausdifferenzierung und Erweiterung des parlamentarischen Parteiensystems um Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Besonders ausgeprägt ist der Mitgliederschwund bei den Volksparteien CDU und SPD.

Doch schon dieser scheinbar eindeutige und durch Zahlen belegbare Trend